

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3564

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3564



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

FAUSTDICKER JUSO-SCHWINDEL

AUFGEPASST! HIER LAUERT EINE GEFAHR!

**Keine neuen Steuern für alle!
Keine weitere staatliche Umverteilung!
Keine Zusatzbelastung für unsere KMU!**

**NEIN
ZUR STEUER-
INITIATIVE**

steuerinitiative-nein.ch

FAUSTDICKER JUSO-SCHWINDEL

**150% versteuern heisst:
Einkommen versteuern,
das nicht existiert,
also rein fiktiv ist.**

UM WAS GEHT'S?

Die Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» der Jungsozialisten (Juso) will zusätzliche Steuern einführen.

Einerseits sollen heute steuerfreie Kapitalgewinne neu als Einkommen versteuert werden. Das trifft insbesondere Unternehmer, Hausbesitzer und Landwirte. Andererseits wird eine Zusatzsteuer über einem Schwellenbetrag eingeführt.

Unter der Schwelle sind Kapitaleinkommen zu 100% steuerbar, über der Schwelle sogar zu 150%. Die Juso will damit rein fiktive Einkommen besteuern. Für Familienunternehmen explodiert so die Steuerbelastung bei der Generationenübergabe. Die Steuererträge sollen in die soziale Wohlfahrt fliessen oder die Steuerbelastung des Mittelstands mindern. Das ist trügerisch.

In Tat und Wahrheit wird der Mittelstand zur Kasse gebeten. Ziel der Juso ist eine weitere staatliche Umverteilung, obschon die Ungleichheit in der Schweiz im internationalen Vergleich sehr gering ist. Bereits heute bezahlen die Reichsten 10% über 50% aller Einkommenssteuern.

UNSICHTBARE GEFAHR

**Schwelle
(Annahme 100'000 Franken)**

**Alle Kapitaleinkommen
werden neu ab dem
1. Franken zu 100%
besteuert.**

**Die neuen Steuern
treffen **UNS ALLE!****

KEINE NEUEN STEUERN

Die Jungsozialisten (Juso) blasen einmal mehr zum Steuerangriff. Sie fordern neue Steuern auf Erträgen und Wertsteigerungen von Vermögen. Bisher steuerfreie Kapitaleinkommen müssten neu ab dem 1. Franken versteuert werden. Das ist eine böse Überraschung für sehr viele Steuerzahler. Jeder Kleinanleger berappt diese neue Steuer. Doch damit nicht genug: Über einem noch unbestimmten Schwellenbetrag sind Kapitaleinkommen nicht nur zu 100%, sondern sogar zu 150% steuerbar!

Das bedeutet, dass künftig Steuern sogar auf fiktiven Einkommen erhoben werden. Das trifft ganz besonders KMU, Firmengründer (Start-ups) und Hauseigentümer. Aber nicht nur bei der Höhe des Schwellenbetrags ist die Volksinitiative unberechenbar, auch die Verwendung der Steuereinnahmen ist noch völlig offen. Klar ist nur, dass die Juso die staatliche Umverteilung massiv ausbauen will.

KEIN RAUBZUG AUF DEN MITTELSTAND

Klassenkämpferische Rhetorik ist immer einfach und emotional: Die Reichen sollen zahlen, alle anderen profitieren. Aber Achtung vor der Falle der Juso! Wer etwas Geld angelegt hat, eine Wohnung oder ein Haus sein Eigen nennt, einen Landwirtschaftsbetrieb besitzt, ein Unternehmen führt oder mit einem Start-up für Innovation und Arbeitsplätze sorgt, ist mitten im Steuersog der trügerischen Initiative.

Die Initianten wollen Kapitalgewinne ab dem 1. Franken besteuern! Die Debatte um den Schwellenbetrag ist genauso wie der Titel «99%-Initiative» ein perfides Ablenkungsmanöver. Damit suggeriert die Juso, dass nur die Reichen betroffen wären. Das ist falsch: Der Schweizer Mittelstand bezahlt die Rechnung.

KEINE ZUSATZBELASTUNG FÜR KMU

Besonders betroffen sind Schweizer Familienunternehmen und KMU, die bereits durch die Corona-Pandemie arg gebeutelt wurden. Es ist absurd, heute diesen Unternehmen mit Milliarden durch die Krise zu helfen, um sie dann gleich wieder mit einer neuen Steuer zur Kasse zu bitten. Die Steuerlast wird sich für viele Unternehmer massiv erhöhen!

Erheblich erschwert wird auch die Übergabe von Familienunternehmen an die nächste Generation. Weil das Vermögen im Betrieb investiert und gebunden ist, muss sich die neue Generation stärker verschulden, um die neuen Steuern zu bezahlen. Dieses Geld fehlt für Innovationen und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Für erfolgreiche KMU explodiert die Steuerbelastung der Dividenden von 70% auf 150%. Wohlgedenkt: Dies zusätzlich zur bestehenden Gewinnsteuer.

BETROFFENE WARREN VOR DER TRÜGERISCHEN STEUERINITIATIVE DER JUSO



VERA STIFFLER
Eigenheimbesitzerin, Chur



«Die Steuerinitiative der Jungsozialisten ist ein Raubzug auf unser Portemonnaie. Hauseigentümerinnen werden doppelt bestraft und müssen sogar fiktive Einkommen versteuern.»



**FRANZISKA
STEINER-KAUFMANN**
Bäuerin, St. Gallen



«Unsere Altersvorsorge steckt mitunter im Hof. Die neue Steuer führt insofern zu einer geringeren Rente von Bäuerinnen und Bauern, wenn ein Hof ausserhalb der eigenen Familie verkauft werden muss.»



YANNICK BERNER
Director Digital,
Next Generation, Urma,
Rapperswil



«Eine Schnapsidee, die gerade Familienunternehmen besonders trifft. Durch die Initiative müsste ich mich mehr verschulden, um unser KMU in der nächsten Generation weiterführen zu können.»



FABIAN GLOOR
Gemeindepräsident, Oensingen



«Höhere Steuern auf Anlagen, wie Aktien, treffen auch Kleinsparer und den Mittelstand. Bereits heute finanziert der Mittelstand grosse Teile des Staatshaushalts und sollte nicht zusätzlich belastet werden.»



RAPHAEL TOBLER
Präsident Swiss Startup
Association, Winterthur



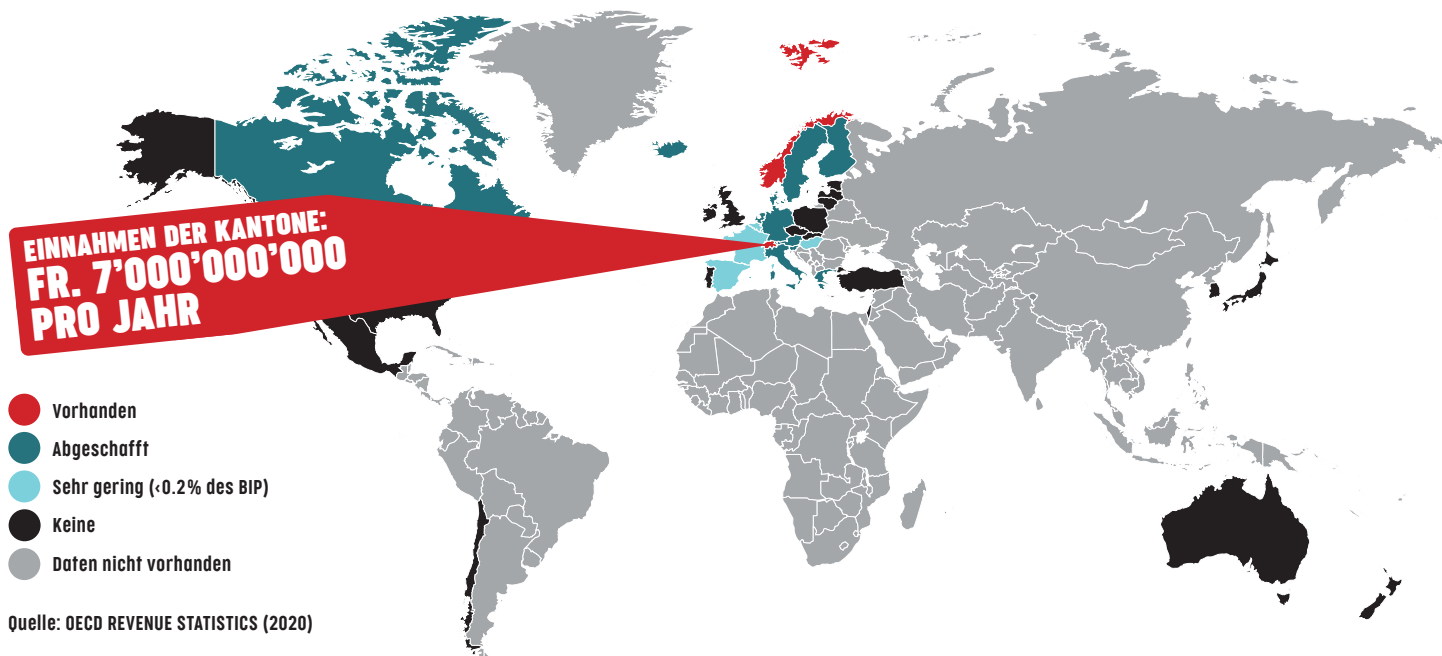
«Wer ein erfolgreiches Start-up gründet, sollte nicht dafür bestraft werden. Diese Initiative schadet der lebendigen Start-up-Szene und damit auch dem Innovationsstandort Schweiz.»

DIE SCHWEIZER VERMÖGENSSTEUER: WELTWEIT EIN SONDERFALL

In der Schweiz werden Vermögende durch die Vermögenssteuer belastet. Zahlreiche europäische Staaten haben diese Steuer seit 1990 abgeschafft (bspw. Deutschland, Italien, Österreich, Dänemark, Schweden, Finnland) oder erheben nur noch vernachlässigbare

Summen (Frankreich, Spanien). Im Gegensatz dazu vereinnahmen die Kantone mit der Vermögenssteuer jährlich über 7 Milliarden Franken. Hinzu kommen progressive Einkommenssteuertarife von Bund, Kantonen und Gemeinden, die auch auf Kapitalerträgen Anwendung finden.

EINNAHMEN DER KANTONE:
FR. 7'000'000'000
PRO JAHR



STEUERANGRIFF AUF DEN MITTELSTAND STOPPEN

26. september 2021

Überparteiliches Komitee
«Nein zur Steuerinitiative der Juso»
c/o Neuengasse 20, 3011 Bern
www.steuerinitiative-nein.ch

printed in
switzerland



MARCO CHIESA

Präsident SVP

PETRA GÖSSI

Präsidentin FDP

JÜRIG GROSSEN

Präsident GLP

BRIGITTE HÄBERLI-KOLLER

Ständerätin Die Mitte, TG

THOMAS RECHSTEINER

Nationalrat Die Mitte, AI

HANS EGLOFF

Präsident
Hauseigentümerverband
Schweiz

MONIKA RÜHL

Direktorin economiesuisse

FRANZ GRÜTER

Nationalrat SVP, LU

MAGDALENA MARTULLO-BLOCHER

Nationalrätin SVP, GR

ANDRI SILBERSCHMIDT

Nationalrat FDP, ZH

ELISABETH SCHNEIDER-SCHNEITER

Nationalrätin Die Mitte, BL

PIRMIN BISCHOF

Ständerat Die Mitte, SO

JUDITH BELLAICHE

Nationalrätin GLP, ZH

MAJA RINIKER

Nationalrätin FDP, AG

THOMAS AESCHI

Nationalrat SVP, ZG

DAMIAN MÜLLER

Ständerat FDP, LU

EIN NEIN EMPFEHLEN

- Bundesrat
- National- und Ständerat
- Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und -direktoren

- economiesuisse
- Gewerbeverband
- Hauseigentümerverband Schweiz
- Swiss Family Business

grünliberale

Die
Mitte

FDP
Die Liberalen

SCHWEIZER
QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes